

Wahlprüfstein DIE LINKE

Brandenburger Landfrauenverband e.V.

Dorfstr. 1

14513 Teltow

Forderungen der Brandenburger Landfrauen

Wie stehen Sie zu unseren Forderungen?

Infrastrukturen auch in dünn besiedelten Gebieten erhalten und Familienförderung

DIE LINKE setzt auch zukünftig auf den Anspruch gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands. Ländliche Räume dürfen dabei nicht unter den Tisch fallen. Die Politik muss sich zur Sicherung lebenswerter Dörfer und kleinen Städte bekennen. Das bedeutet, dass künftig der gesamtgesellschaftliche Beitrag zum Erhalt attraktiver ländlicher Räume steigen muss. Insbesondere gilt das für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und für öffentliche Investitionen in ländlichen Gebieten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen, demokratische Teilhabe und Arbeit für ein Leben in Würde – das sind die Leit motive einer Politik für den ländlichen Raum. Dazu gehört auch, ökologische Herausforderungen als Chance zu begreifen und die Sicherung einer soliden Finanzierung politischen Handelns. Die Stärkung einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur in den Regionen sowie der „weichen“ Faktoren Kultur, Bildung und Wissenschaft gehören zur Attraktivitätssteigerung genauso dazu, wie handlungsfähige und bürgernahe Verwaltungen zu schaffen. Gelingen hier mittel- und langfristige Verbesserungen, werden sich die Auswirkungen des demografischen Wandels und der demografische Wandel selber mildern lassen. Im Endergebnis sollten die ländlichen Räume das Image des „guten Lebens“ wieder gewinnen.

Erhalt des ländlichen Raumes

DIE LINKE will die ländlichen Räume stärken. Wir halten an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse fest und treten für einen solidarischen Ausgleich ein. DIE LINKE will die flächendeckende Land- und Forstbewirtschaftung erhalten und durch nicht-landwirtschaftliche Gewerbe und Dienstleistungen stärken (Belebung von traditionellem dörflichem Handwerk, Erschließung des ländlichen - sanften - Tourismus, Umweltwirtschaft, dezentrale Verlagerung von Wirtschaftsstandorten in ländliche Regionen mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnologien).

DIE LINKE fordert den ungehinderten Zugang für kleine und mittelständische Unternehmen zu notwendigen Krediten und die Stimulierung eines freundlichen Klimas für nachhaltig wirtschaftende Unternehmen in den Dörfern. Sie unterstützt bürgerschaftliche Initiativen, die darauf zielen, zur Eigenfinanzierung lokaler Ökonomie, der Infrastruktur und regionaler Wirtschaftskreisläufe auch neue Quellen zu erschließen. DIE LINKE befürwortet lokale Aktionsgruppen in den Dörfern, die sich die Aufgabe stellen, die Zukunft ihres Dorfes in die

eigenen Hände zu nehmen und unterstützt Initiativen einer deutschen Dorfbewegung als Teil der internationalen Dorfbewegung (ERCA).

Auch DIE LINKE sieht die finanziellen Rahmenbedingungen der Jugendverbandsarbeit in den letzten Jahren immer stärker geschwächt. Das ist aus unserer Sicht auch ein Ergebnis der Kinder- und Jugendpolitik der vergangenen Jahre, die immer weniger in Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit und in niedrigschwellige Angebote der Jugendhilfe investiert hat und somit die vorgelagerten Hilfesysteme geschwächt wurden. Darüber hinaus fordern wir auch eine nachhaltige finanzielle Absicherung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen sowie die Auflage eines Sonderprogrammes, um weggefallene Strukturen der Kinder und Jugendarbeit neu aufbauen zu können.

Bildung im ländlichen Raum sichern

DIE LINKE streitet vehement für einen bildungspolitischen Richtungswechsel. Der Zugang zu Bildung muss als öffentliche Daseinsvorsorge für alle gleichermaßen gewährleistet sein. Jede und jeder muss sich umfassend bilden, individuell entwickeln und an der Gesellschaft teilhaben können. Gebühren haben in der Bildung nichts zu suchen.

Wir kämpfen dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen können. Nicht Ausgrenzung, sondern Inklusion ist unser Leitgedanke. Hierfür brauchen wir die Gemeinschaftsschulen. Dazu brauchen wir zusätzliche und gut ausgebildete Lehrkräfte, SchulsozialarbeiterInnen und weiteres pädagogisches Personal. Die Rahmenbedingungen für die Schülerschaft und das Personal müssen verbessert werden. Schulische und außerschulische Bildungsangebote haben für uns gleichermaßen hohe Bedeutung. Wir sehen die strukturellen Probleme in der Zusammenarbeit von Schule und Trägern der freien Jugendhilfe und wollen aus diesem Grund eine Kooperation auf freiwilliger Basis stärken, die den beiden verschiedenen Systemen, in denen Kinder und Jugendliche sich bewegen, eine Zusammenarbeit möglich macht, ohne die eigenen Aufgaben und Zielstellungen zu gefährden.

Vollzeitarbeit für guten Lohn Entgeltgleichheit für Männer und Frauen

Es ist zu konstatieren, dass Berufssparten, in denen überwiegend Frauen tätig sind, in der Regel schlechter bezahlt sind. DIE LINKE fordert darum gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit (Equal Pay). Tätigkeiten, die gleichwertig sind, dürfen nicht ungleich bezahlt werden!

Die Analyse bestehender Tarifverträge sowie die Entwicklung diskriminierungsfreier Eingruppierungskriterien der Tarifverträge müssen nach geschlechtergerechten Kriterien überarbeitet werden. Für einen effektiven Abbau struktureller Diskriminierungen ist ein Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) notwendig, welches Verbänden ermöglicht, auch ohne individuell klagewillige Betroffene Klage zu erheben. DIE LINKE hat dazu im Bundestag parlamentarische Initiativen eingebracht.

Nicht zuletzt muss ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft erarbeitet werden, das die Betriebe so lange auf Maßnahmen zur Gleichstellung verpflichtet, bis das Ziel der gleichen

Entlohnung von Frauen und Männern erreicht ist. Ein mit EU-Recht konformes Lohnmessinstrument wie der EG-Check (Entgeltgleichheitsprüfung) muss umfassend verankert werden. Ebenso ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns als Lohnuntergrenze zwingend notwendig, da Frauen von Dumpinglöhnen in großem Maße betroffen sind und gerade sie deshalb von einem Mindestlohn am meisten profitieren würden.

Die Agrarförderpolitik muss geschlechtergerecht ausgestaltet werden.

Lohnunterschiede Ost-West

Dies ist 23 Jahre nach der Deutschen Einheit durch nichts mehr zu rechtfertigen. Gleiche Lebensleistung muss in der Rente endlich in gleicher Weise anerkannt werden. DIE LINKE will deshalb in einem Stufenmodell mit einem steuerfinanzierten Zuschlag den aktuellen Rentenwert Ost bis 2017 an den aktuellen Rentenwert West angleichen. Damit die Angleichung nicht zum Nachteil der heute Versicherten führt, muss die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West fortbestehen. Außerdem fordern wir die Anhebung der ostdeutschen Löhne und Gehälter bei gleicher Arbeitszeit an das westdeutsche Niveau.

Anerkennung des Ehrenamtes

Partizipation und Teilhabe auf kommunaler Ebene sind zu stärken. Bürgerschaftliches Engagement darf jedoch die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. DIE LINKE unterstützt Forderungen, Infrastruktureinrichtungen stärker zu fördern: Es gilt, die Menschen zu gewinnen, die sich bislang noch nicht bürgerschaftlich engagieren. Es müssen diejenigen gefördert werden, die sich bürgerschaftliches Engagement nicht oder kaum „leisten“ können. Für Erwerbslose und Geringverdienende, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung müssen die gleichen Teilhabemöglichkeiten gesichert werden. Dazu gehört, dass Aufwandspauschalen für ehrenamtliche Tätigkeiten nicht länger auf den Hartz IV-Regelsatz oder vergleichbare Sozialleistungen angerechnet werden dürfen. Der Zugang zu freiwilligem Engagement würde vielen Menschen unter anderem dadurch erleichtert, wenn Unternehmen und Betriebe einen angemessenen Mindestlohn zahlten und BürgerInnen in besonderen Lebenslagen eine wirkliche soziale Mindestsicherung erhalten würden.

Renten

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik:

- Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern.
- Außerdem ist es nötig, prekäre Beschäftigung, schlechte Löhne und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Denn aus guter Arbeit und guten Löhnen ergibt sich auch eine gute Rente.
- Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen
- Die gesetzliche Rente soll in Zukunft alle Erwerbstätigen erfassen. Auch Selbständige, Beamte und PolitikerInnen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir aufheben und die hohen Rentenansprüche abflachen.

Außerdem sollen die Unternehmen wieder hälftig an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.

- Den Solidarausgleich wollen wir erweitern, damit Phasen der Erwerbslosigkeit, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder niedrigen Löhnen nicht in die Altersarmut führen.

- 23 Jahre nach der deutschen Einheit müssen die Ostrenten endlich an das Westniveau angeglichen werden.

Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft

Landwirtschaft und ländliche Räume gehören zusammen. Die regionale Erzeugung und Vermarktung sollte als Wertschöpfungsquelle besser erschlossen werden. Zum Erhalt flächendeckender Landwirtschaft werden vor Ort verankerte Agrarbetriebe gebraucht, die mit sozialer und ökologischer Verantwortung wirtschaften. Sie pflegen die Agrarlandschaft und tragen zur Lebensqualität bei. Äcker und Wiesen gehören deshalb nicht in Spekulantenhände. Die LINKE setzt sich für eine Erhöhung der Bundesmittel bei der Förderung der ländlichen Räume ein. Die Beschlüsse zur GAP-Reform ermöglichen größere Freiheiten für die Umsetzung des Bottom-Up-Ansatzes. Diesen Beschluss und die Festlegung auf einen 30%-Anteil für die Agrarumweltpolitik halten wir für einen Schritt in die richtige Richtung. Die regionale Entwicklung kann in Zukunft stärker nach den örtlichen Gegebenheiten und Entwicklungschancen ausgerichtet werden. Entscheidend für die Sicherung der Zukunft der ländlichen Räume wird allerdings sein, dass Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und die ländlichen Räume inhaltlich stärker integrativ gefördert werden sowie öffentliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge auf die Sicherung der Lebensqualität ausgerichtet wird. Interessen und Erfordernisse von Frauen sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Energiewende

Wir setzen uns für einen konsequenten Umbau der Energieversorgung hin zu vorrangig dezentralen erneuerbaren Energien bei gleichzeitig sparsamen und effizienten Umgang mit Energie ein. Die von uns geforderten Maßnahmen sind zahlreich, hier nur einige unserer Kernforderungen:

- Abschied von der alten Energiewirtschaft: Wir setzen uns für einen beschleunigten Atomausstieg und für ein Kohleausstiegsgesetz ein.

- Erneuerbare Energien: Die zentralen Säulen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – der Einspeisevorrang von Ökostrom sowie garantierte, kostenorientierte Vergütungssätze – müssen erhalten bleiben. Unter dieser Bedingung sollte das EEG zukünftig mehr Anreize dafür setzen, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stärker zur Versorgungssicherheit und Funktionsfähigkeit des gesamten Energiesystems beiträgt. Unberechtigte Privilegien der Industrie bei der Übernahme der EEG-Umlage – aber auch bei Netzentgelten, Ökosteuern und Emissionshandel – sollen abgeschafft werden.

- Energieeffizienz: Durch verbindliche gesetzliche Vorgaben für Unternehmen soll die Minimierung des Energieverbrauchs zur Maxime ihres Handelns werden. Wir fordern einen Energiesparfonds, der private Haushalte, Unternehmen und Kommunen beim Energiesparen unterstützt und spezielle Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte vorsieht. Im Rahmen eines Top-Runner-Programms sollen Höchstverbrauchsstandards für Elektrogeräte angelehnt an das jeweils

effizienteste Gerät in einem 3-Jahres-Rhythmus dynamisch fortgeschrieben werden.

- Soziale Energiewende: Um Energiearmut zu vermeiden, wollen wir einen Sockeltarif für Strom einführen. Jeder Haushalt soll abhängig von der Haushaltsgröße ein kostenloses Grundkontingent an Strom erhalten. Der Strompreis über diesem Gratis-Sockel würde teurer als heute. Die Strompreise nähmen einen progressiven Verlauf. Damit würde eine Grundversorgung mit Strom sichergestellt und gleichzeitig die Verschwendung von Strom eingedämmt.